

Herrn Bürgermeister
Gottfried Störmer
Postfach 11 20
60389 Frankfurt am Main

Manfred Pentz

Mitglied des Hessischen Landtags
Generalsekretär der CDU Hessen

☎ 0611 1665-517

✉ manfred.pentz@cdu-hessen.de

23. Oktober 2018
MaP/CRF

Ihr Schreiben vom 9. Oktober 2018 an unseren Landesvorsitzenden

Guten Tag Herr Bürgermeister Störmer,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 9. Oktober 2018 an unseren Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Volker Bouffier MdL, zu Fragen der Positionierung zur geplanten ABS/NBS Frankfurt am Main. Er bat mich, Ihnen zu antworten.

Nach einer intensiven Diskussion haben wir auf unserem Parteitag am 8. September 2018 das Programm für die bevorstehende Landtagswahl beschlossen. Es ist ein Programm aus der Mitte unserer Partei und aus der Mitte der Bevölkerung. Ganz bewusst haben wir in unserem Programmprozess auf eine möglichst breite Beteiligung gesetzt. Wir setzen mit unserer Politik einen klaren Investitionsschwerpunkt auf die Modernisierung der Schieneninfrastruktur. Für zwölf Großprojekte des Schienenverkehrs hier in Hessen stehen im Rahmen des Bundesverkehrswegeplanes 2030 zwölf Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist ein enormer Schub für die Mobilität auf der Schiene, der aufgrund der zentralen Lage Hessens weit über Hessen hinaus von Bedeutung ist.

Auf Basis des am 3. August 2016 vom Bundeskabinett beschlossenen Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 und dem darauf aufbauenden Bundesschienenwegeausbaugesetz vom 29. Dezember 2016 wurde die zwischen 2010 und 2015 gestoppte Planung für die Neubaustrecke (NBS) Frankfurt a. M. - Mannheim durch die Vorhabenträgerin des Projekts, die DB Netz AG, wiederaufgenommen. Diese Entscheidung begrüßen wir ausdrücklich, denn die Notwendigkeit dieses Projektes ist unbestritten.

Bereits im Rahmen der durch den Bund beauftragten Studie „Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse-Rhein/Main-Rhein/Neckar-Karlsruhe“ (sog. „Korridorstudie“) wird dargelegt, dass ausschließlich durch die nunmehr geplante Ausführung der Neubaustrecke (NBS) Frankfurt-Mannheim als Mischverkehrsstrecke für den Fernverkehr tags und den Güterverkehr nachts eine Verbesserung der Betriebsqualität (Pünktlichkeit) und des Angebots im Schienenpersonennahverkehr möglich ist. Für eine Umsetzung der gebotenen Angebotsverbesserungen im Nahverkehr ist die Realisierung der NBS in der vorgesehenen Form damit unabdingbare Voraussetzung und wird deshalb auch von der CDU Hessen befürwortet.

Die DB Netz AG hat zugesichert, von Beginn der Planung an eine umfassende und transparente Bürgerbeteiligung durchzuführen. Das ist aus unserer Sicht die richtige Entscheidung. Die Bürgerbeteiligung erfolgt nach unserer Information bereits in Form des sog. „Beteiligungsforums“, in welchem Vertreter von Bürgern/Bürgerinitiativen, der Wirtschaft, der Politik, von Naturschutz- und Fahrgastverbänden etc. sowohl im eigentlichen Forum als auch in den durch das Forum eingesetzten insgesamt fünf Arbeitsgruppen vertreten sind. Dadurch wird sichergestellt, dass die betroffenen Bürger sowie Kommunen sich bereits bei den ersten Planungsüberlegungen beteiligen und in den Planungsprozess einbringen können. Über die Bedarfsplanungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und dem Bund ist zudem die Einbindung des Deutschen Bundestages gewährleistet.

Ein Projektbeirat mit Bund, Bahn, Land sowie Vertretern der Region und der Bürgerinitiativen kann ein erfolgversprechendes Instrument sein, um regionale Interessen einzubringen und eine allen Interessen gerecht werdende Trassierung zu verwirklichen. Es wird daher zu prüfen sein, ob für die anstehende regionale Infrastrukturplanung ein solches Gremium ins Leben gerufen werden sollte, da in vergleichbaren Planungsverfahren Akzeptanz und gute Ergebnisse erzielt wurden. In diesem Falle darf es jedoch nicht zu Verfahrensverzögerungen kommen.

Da sich die Planungen für diesen Bereich noch in einem sehr frühen Stadium befinden, ist es derzeit nicht möglich die Frage zu beantworten, ob die mit einem bergmännisch ausgeführten Tunnel in einer Tiefe von ca. 10 Metern verbundenen Mehrkosten aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll und gerechtfertigt sind oder besser Mittel für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen bereitgestellt werden sollte. Diese Frage ist letztlich im Fortgang des Verfahrens und als Ergebnis einer engen Einbindung der Bevölkerung und der Kommunen in der Region zu beantworten.

Da dem Bund die Verantwortung für das Eisenbahnwesen einschließlich der bundeseigenen Eisenbahninfrastruktur obliegt, werden Planungs- und Baukosten für das gesamte Vorhaben vom Bund getragen und auf der Grundlage des Bundesschienenwegeausbaugesetzes finanziert. Kosten, die über die gesetzlich erforderlichen Notwendigkeiten hinausgehen, müssen vom Bund nicht getragen werden.

Es besteht aber gleichwohl die Möglichkeit, beim Verkehrsausschuss der Deutschen Bundestages, im begründeten Einzelfall auch nach einer Finanzierung weitergehender Schutzmaßnahmen anzufragen. Inwiefern das Land Hessen hier ebenfalls unterstützend tätig werden kann, lässt sich zum jetzigen Verfahrensstand noch nicht beantworten, denn es liegt weder eine konkrete Trassenvariante vor, noch sind für abweichende Varianten belastbare Kostenschätzungen vorhanden.

Für die weiteren Planungen der Neubaustrecke ist auch die Fahrzeitvorgabe zwischen Frankfurt a. M. und Mannheim aus dem Deutschland-Takt entscheidend. Derzeit erarbeiten die Gutachter des BMVI einen modellhaften Zielfahrplan für den Deutschland-Takt. Der Gutachtervorschlag soll Anfang November 2018 vorgestellt werden.

Wir arbeiten hart daran, dass die großen Standortvorteile Hessens richtig genutzt und nicht aus der Hand gegeben werden. Der Ausbau der Schieneninfrastruktur ist eine große Chance zur Optimierung der Verkehrswege. Durch eine Kapazitätserweiterung des Fernverkehrs- und des Güterverkehrs auf der Schiene kann letztlich auch der regionale ÖPNV profitieren. Dabei muss optimaler Lärmschutz gewährleistet werden, der nicht nur die künftige Neubaustrecke in den Blick nimmt, sondern auch die Bestandsstrecken umfasst.

Die CDU ist der Garant dafür, dass wir den Wirtschaftsstandort Hessen auch in Zukunft stärken, die Infrastruktur in unserem Land verbessern und bei Neubauprojekten die Schutzinteressen von Mensch und Natur berücksichtigen.

Freundliche Grüße aus Wiesbaden

